

Als die zweite von insgesamt sechs öffentlichen Wahlkampfdebatten am 19. April im Studio des *Korean Broadcasting Systems* in Südkoreas Hauptstadt Seoul beendet war, zeigte sich einer der fünf Diskutanten besonders erleichtert und sichtlich gutgelaunt. Der 64jährige sozialliberale Moon Jae In, Kandidat der Demokratischen Partei Koreas (DPK), hat bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl am 9. Mai die besten Chancen, als Sieger ins Blaue Haus, den Amtssitz des südkoreanischen Staatsoberhauptes, einzuziehen. Anfang letzter Woche twitterte er seinem Wahlkampfteam und Sympathisanten die freudige Botschaft: »Ich fühle den Sieg in meinen Knochen.« Er, die DPK und das Volk würden am 9. Mai triumphieren.

Vier weitere Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich zur Wahl, von denen allerdings nur der 55jährige Ahn Cheol Soo von der zentristi-

als Gegenmaßnahmen einen Boykott südkoreanischer Produkte verhängt sowie Touristenbesuche eingeschränkt.

Moon Jae In hat die THAAD-Installation als »überstürzt« bezeichnet. Er verfolgt einen Kurs, der an das Jahrzehnt der »Sonnenscheinpolitik« anknüpft, die die Präsidenten Kim Dae Jung (1998–2003) und Roh Moo Hyun (2003–08) zur Leitlinie ihres Umgangs mit Nordkorea gemacht hatten. Die beiden Präsidenten waren in den Jahren 2000 und 2007 in die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang gereist, um eine Aussöhnung durch direkte Gespräche, Öffnung und Austausch zu erreichen. Dem Juristen Moon kommt zugute, dass er einst gemeinsam mit Roh in der zweitgrößten Stadt des Landes, der Hafenstadt Busan, eine Anwaltskanzlei unterhalten hatte, die sich vorwiegend für verfolgte Menschen- und Bürgerrechtler einsetzte. In den 1970er Jahren war Moon wegen seiner Beteiligung an Protesten

Konservative ohne Chancen

Heute finden in Südkorea Präsidentschaftswahlen statt. Vom neuen Staatschef wird erwartet, dass er endlich für Transparenz sorgt, Korruption und Günstlingswirtschaft beendet und vor allem auf einen Dialog mit Pjöngjang setzt.

Von Rainer Werning

schen Gungminui-Partei (Partei der Bürger, auch Volkspartei genannt) Chancen hat, Moon Paroli zu bieten. Der Mediziner und Ingenieur, der an renommierten Universitäten in Südkorea und den USA Masterabschlüsse machte, gründete Südkoreas größten Softwareentwickler für Computersicherheit, das Unternehmen Ahnlab Inc. Der Kandidat der Freiheitspartei Koreas (LKP), Hong Joon Pyo, und Yoo Seong Min von der Bareun-Partei (Rechtschaffene Partei) sind konservative beziehungsweise reaktionäre Kandidaten, gewissermaßen Restposten der am 10. März 2017 wegen Amtsmissbrauchs und Korruption rechtskräftig ihres Amtes enthobenen Präsidentin Park Geun Hye. Deren lange Zeit herrschende Saenuri-Partei (Neue-Welt-Partei) war im Dezember ins Räderwerk zwielichtiger Machenschaften ihrer Vorsitzenden geraten, so dass sich einst mit Park Verbündete von ihr abwandten. In der Folge entstanden aus der Saenuri-Partei die beiden Neuparteien LPK und Bareun. Die fünfte im Bunde ist die 58jährige Sim Sang Jung von der fortschrittlichen Gerechtigkeitspartei. Sie entstammt im Gegensatz zu den anderen Kandidaten einfachen Verhältnissen, war lange Zeit Fabrikarbeiterin und hat sich in erbitterten Arbeits- und Gewerkschaftskämpfen profiliert. Sie ist auch die einzige Kandidatin, die offen die im Land noch höchst kontroversen Themen Homosexualität und Transgender (LBGT) anspricht und sich redigewandt für entsprechende Rechte einsetzt.

Kernthema Außenpolitik

Ein Kernthema des Wahlkampfes war die Haltung zur Volksrepublik China. Der große Nachbar ist nicht nur ein wichtiger Handelspartner, sondern als engster Verbündeter Nordkoreas auch am ehesten fähig, hinsichtlich des dortigen international kritisierten Atomprogramms mäßigend zu wirken. Beijing hat scharf die Installation des US-Raketenabwehrsystems THAAD (Terminal High Altitude Area Defense) auf südkoreanischem Boden kritisiert und

gegen das Regime des langjährigen Militärdiktators Park Chung Hee (1961–79), dem Vater von Park Geun Hye, von der Universität verwiesen worden. Später konnte er nach Ableistung des Militärdienstes sein zuvor begonnenes Jurastudium abschließen und Rechtsanwalt werden. 2002 leitete Moon Rohs Wahlkampagne und bekleidete nach dessen Sieg führende Positionen im Blauen Haus, unter anderem das Amt des Stabschefs.

Sim Sang Jung von der fortschrittlichen Gerechtigkeitspartei vertritt engagiert eine selbstbewusste Diplomatie und eigenständige Außenpolitik mit dem Ziel, in Nordostasien aktiv eine Mittlerfunktion einzunehmen und auf der koreanischen Halbinsel eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen. In schroffem Gegensatz dazu plädiert Yoo Seong Min, der Kandidat der Bareun-Partei, für einen »Präventivschlag« gegen Pjöngjang, den er als »Selbstverteidigung« verstanden wissen will. Seine Zustimmungswerte sind allerdings bestenfalls gerade so zweistellig. Sie liegen in etwa bei denen von Sim Sang Jung und von Hong Joon Pyo von der LKP, nämlich zwischen gut fünf und knapp elf Prozent.

Innenpolitisch konnte Moon damit punkten, sich für eine Entflechtung von Politik und Wirtschaft einzusetzen, was vor allem die großen Finanz- und Wirtschaftskonglomerate betrafte. Vermehrt soll Wohnraum für junge Ehepaare und Haushalte mit niedrigem Einkommen geschaffen und darauf hingearbeitet werden, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Gegenspieler Ahn wirkt dagegen blass und selbstherrlich. Er setzt vor allem auf Wirtschaftsinnovationen, um der wachsenden Zahl von Hochschulabsolventen Jobperspektiven zu eröffnen.

Noch Mitte April hatte es den Anschein, als würden sich Moon und Ahn ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Doch die letzten Umfrageergebnisse diverser Meinungsforschungsinstitute und großer südkoreanischer Tageszeitungen konstataren einen stets wachsenden Vorsprung Moons. Die Zustimmung für ihn betrug Ende April etwa 44 Prozent, während sein Rivale auf zirka 23 Prozent absackte. Mitverantwortlich dafür dürf-



Massive Proteste führten zur Amtsenthebung von Präsidentin Park Geun Hye – Demonstration der Koreanischen

te Ahns Zickzackkurs in der Debatte über das THAAD-System gewesen sein, dessen Installation er zunächst kritisierte, später dann aber guthieß.

Läuft alles nach Plan, wird es Moon beim zweiten Anlauf glücken, das höchste Staatsamt zu erringen und der zwölfte Präsident Südkoreas zu werden. Im Dezember 2012 war er Park Geun Hye noch knapp unterlegen. Diese hatte gemeinsam mit den Spitzen des Nationalen Geheimdienstes (NIS) und Teilen der Armee alles daran gesetzt, Moon als »gefährlichen Linken« und »Sympathisanten Nordkoreas« zu desavouieren. Zusammen mit einer Cyberkriegerinheit der Armee verschickte der NIS Millionen Tweets, um für die spätere Wahlsiegerin zu werben und ausdrücklich vor Moon zu warnen. Diese ungesetzliche politische Parteinarbeit brachte NIS-Direktor Won Sei Hoon Anfang 2015 eine dreijährige Haftstrafe ein. Moons Erfolg bedeutete zugleich einen weiteren Etappensieg der Demokratiebewegungen, die sich vor genau drei Jahrzehnten formiert hatten.

Demokratiebewegungen der 80er

Von 1961 bis 1979 saß Südkoreas Militärdiktatur unter Park Chung Hee fest im Sattel. Als »Frontstaat« im Kalten Krieg genoss das Regime die uneingeschränkte Unterstützung seines engsten Verbündeten, der USA. Auch andere westliche Regierungen hatten erkannt, dass das Land ein geeigneter Ort war, dort zu investieren und das schier unerschöpfliche Potential an billigen Arbeitskräften zu nutzen. Die Generäle hatten unter ihrer Kuratel wirtschaftliche Großunternehmen – sogenannte Finanzkonglomerate, Chaebol genannt – heranwachsen lassen und mit Hilfe großzügig gewährter Subventionen aufgepöppelt. Deren Eigentümer und Bosse hatten sich im Gegenzug mit Haut und Haaren den staatlichen »Ordnungshütern« verschrieben.

Unabhängige Gewerkschaften waren strikt verboten. Aufmüpfige Arbeiter wurden von staatlichen oder firmeneigenen Greiftruppen sofort »aus-

geschaltet«. Es herrschten laut der in Genf ansässigen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit durchschnittlich 54,4 Wochenstunden die weltweit längsten Arbeitszeiten. Arbeitsunfälle im »wachstumsorientierten« Land waren an der Tagesordnung. Mitte der 1980er Jahre rangierte Südkorea im internationalen Vergleich auf Rang eins, was die Unfallhäufigkeit mit Todesfolgen betraf. Eine unabhängige Presse, die über solche Missstände hätte berichten können, existierte nicht. Die Medien wurden ebenso gemäßregelt wie kritische Stimmen aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Seit Beginn der 1980er Jahre wurde »Sam min« zum Schlüsselbegriff einer Bewegung, die damit gleichzeitig ihre programmatischen Ziele formulierte: »Sam min«, die »drei Min«, standen als Kurzformel für drei Begriffe, die jeweils das sinokoreanische »Min« (Volk) als Wortbestandteil enthalten: »Minjok« (Nation), »Minju« (Demokratie) und »Minjung« (Volk, Masse). Die Sam-min-Bewegung war mithin eine politisch-soziale Bewegung zur Durchsetzung der Demokratie, zur Selbstverwirklichung der Nation (was zuvörderst den Gedanken der Unabhängigkeit von außen und der Wiedervereinigung einschloss) und zur Befreiung und Entfaltung des »Minjung«.

Wenngleich man im Lexikon für »Minjung« als Übersetzung »Volk, Masse, die Massen« findet, betonen Koreaner in der Regel die Unübersetzbarkeit dieses Begriffs. Als klassenspezifischer Terminus ließe sich »Minjung« am ehesten mit »denen da unten« übersetzen, womit sämtliche Personen und Selbstorganisationen gemeint sind, die gesellschaftlich ausgegrenzt, politisch entrechtet, kulturell unterdrückt und sozial gedemütigt und marginalisiert sind. Das umfasst konkret entrechtete Arbeiter-, Bauern- und Gewerkschaftsverbände, gemäßregelte Lehrer und Akademiker, mundtot gemachte säkulare wie kirchliche Sozialaktivisten, Schriftsteller und Künstler sowie immer wieder wie Freiwild gejagte radikale und militante Studentenorganisationen.



Gewerkschaftsbundes am 30. November 2016 in Seoul

Diese »Milieus« und Widerstandskräfte wagten es, im Rahmen einer Debatte um eine Verfassungsänderung im Frühjahr 1986 erstmals öffentlich und massiv aufzutreten. Was wenige Jahre zuvor gänzlich undenkbar gewesen wäre, war nunmehr Wirklichkeit – in etlichen Großstädten fanden Protestkundgebungen gegen die Regierung statt, an denen sich jeweils 20.000 bis 50.000 Menschen beteiligten. Der Sturz des Marcos-Regimes in den Philippinen Ende Februar 1986 wirkte beflügelnd. Da sich Seoul als Austragungsort der 24. Olympischen Sommerspiele im September 1988 herausputzen wollte, gerieten die dortigen Machthaber und ihre Politik zunehmend auch ins Rampenlicht internationalen Medieninteresses.

Die als vorolympische Generalprobe gedachten 10. Asienspiele im Herbst 1986 wurden zu einer Probe der Generäle für »Zucht und Ordnung«. Vor und während dieser Spiele nahm das Regime in beispiellosen Großrazien »vorsichtshalber« 264.000 »potentielle Unruhestifter«, das hieß jeden 150. Einwohner, vorübergehend fest! Aus der Imagepflege von Präsident Chun Doo Hwan, der nach der Ermordung Parks 1979 sukzessive zum neuen starken Mann in Seoul avancierte, war ein Publicitydebakel geworden: Die allgegenwärtige Präsenz von Geheimdienstschergen und Uniformierten hinterließ bei zunächst den Militärs wohlgesinnten Journalisten den faden Geschmack von Bespitzelung und Gewalt. Um die Sicherheit der Spiele zu gewährleisten, wurde eine aus knapp 1.000 Mann zusammengesetzte Spezialeinheit aufgebaut. »Aufrührerisches Gedankengut« sollte nicht die »nationale Würde und Sicherheit« beeinträchtigen.

Als 8.000 Elitesoldaten des eigens geschaffenen »Antiterroristischen Sondereinsatzkommandos« Ende Oktober 1986 die Konkuk-Universität in der Hauptstadt Seoul stürmten und mehr als 1.500 Studenten festnahmen, waren das, wie die *Süddeutsche Zeitung* am 14. November 1986 hervorhob, »selbst für die häufig mit studentischen Aktivisten befasste Justiz Rekordzahlen«. Mit dem Verbot von 14 »freien« Gewerkschaften am

7. November setzte das Regime sein Kesselreiben fort. Tags darauf erhielten der aus knapp zwei Dutzend Organisationen bestehende oppositionelle Dachverband Mintongryon (Vereinigte Minjung-Bewegung für Demokratie und Wiedervereinigung) sowie die Union der Jugendverbände Koreas die schriftliche Aufforderung, sich binnen 48 Stunden aufzulösen und ihre Aktivitäten einzustellen. Die zwangsempfohlene Selbstschneidung betraf auch das Menschenrechtskomitee des Nationalen Christlichen Kirchenrates Koreas. Reverend Moon Ik Hwan, einer der eloquentesten Wortführer der Mintongryon, wurde neuerlich zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

»Bis zur Wurzel ausrotten«

Diese Maßnahmen erfolgten im Zusammenhang mit der gegen insgesamt 10.000 Personen und 30 Organisationen entfesselten »Säuberungskampagne gegen prokommunistische Elemente«. »Die linksgerichteten Kräfte in unserer Gesellschaft«, hatte die Souleer Tageszeitung *Chosun Ilbo* auf ihrer Titelseite vom 21. Oktober 1986 einen Regierungsbeamten zitiert, »gilt es bis zur Wurzel auszurotten.«

Die »Affäre Park Chong Chul« rückte im Januar 1987 eine besonders von der außerparlamentarischen Opposition stets vehement angeprangerte Praxis staatlichen Terrors ins öffentliche Bewusstsein – Folter. Um dem inhaftierten Linguistikstudenten Park »Geständnisbeihilfe« zu leisten, hatten Angehörige der berüchtigten »Antikommunistischen Geheimpolizei« ihn der sogenannten »Wasserkur« unterzogen und ertränkt. Der 21jährige Park war einer von damals etwa 3.000 politischen Gefangenen, von denen viele 1986 festgenommen worden waren und einige bereits seit den 1970er Jahren einsaßen.

Dem Tod des jungen Studenten folgte ein nationaler Aufschrei. Stellvertretend für zahlreiche »Fälle« dieser Art symbolisierte Park über Nacht das aufbegehrende »Minjung«. Mehr noch: Der Protest erfuhr einen Gesichts- und Generationen-

wechsel. Das städtische Bürgertum, lange eine der verlässlichsten Stützen der Machthaber, ging nunmehr buchstäblich auf die Barrikaden. Professoren, Angestellte, Geschäftsleute, Bankiers und Geistliche, darunter eine wachsende Zahl buddhistischer Mönche, die sich in klösterlicher Abgeschiedenheit mit den Herrschenden arrangiert hatten, klagten auf der Straße demokratische Verhältnisse ein. Wenige Wochen später forderte das martialische Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte ein weiteres Opfer. Lee Han Yol, Student der renommierten Yonsei-Universität in Seoul, lag, nachdem er von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen worden war, einen Monat lang im Koma, bis er schließlich seinen schweren Verletzungen erlag. Sein Begräbnis wurde zu einer gigantischen Anklage gegen das Regime. Weit mehr als eine Million Menschen säumten allein in der Hauptstadt die Straßen, um ihrer Trauer und Wut über das Vorgehen der Behörden Ausdruck zu verleihen.

Im Frühsommer 1987 war die innenpolitische Lage im Lande dermaßen angespannt, dass der Militärmachthaber Chun Doo Hwan offen erwog, neuerlich das Kriegsrecht zu verhängen und das Militär zur »Eindämmung von Unruhen« zu mobilisieren. Das allerdings rief flugs jene gewiefenen Krisenmanager im US-amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium auf den Plan, die sich ein Jahr zuvor in den Philippinen – in der Endphase der langjährigen Marcos-Diktatur – die Klinke in die Hand gegeben hatten, um in dem Inselstaat eine im Interesse Washingtons »geordnete Übergangslösung« herbeizuführen. Während Chun eisern an seinem starren Kurs festhielt, ging sein ehemaliger Generalskumpan Roh Tae Woo zunächst vorsichtig, dann – mit unverhohlener US-Rückendeckung – beherzt auf Distanz zu seinem langjährigen Mentor. Im Sommer 1981 hatte der Viersternegeneral Roh seine Armeeposten aufgegeben, um fortan als Zivillist Schlüsselpositionen zu bekleiden. Stationen seiner Karriere: Innen- und Sportminister, Chef des Olympischen Organisationskomitees, Vorsitzender der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP) und ab dem 8. August 1987 auch deren Präsident sowie DJP-Kandidat bei der für den 16. Dezember 1987 anberaumten Präsidentschaftswahl.

Bereits seit dem Frühjahr 1987 hatte Roh Tae Woo keine Gelegenheit ausgelassen, Dialogbereitschaft mit Oppositionellen zu signalisieren. Als Chun Doo Hwan klar wurde, dass sein Kurs keinerlei Erfolgchancen hatte, ja er sogar befürchten musste, im Falle unbotmäßigen Verhaltens (aus Washingtoner Sicht) wie Marcos gegen seinen Willen außer Landes geflogen zu werden, trat er die Flucht nach vorn an. Am 10. Juni ernannte er Roh zu seinem designierten Nachfolger und verschwand von der politischen Bühne. Als letzterer drei Wochen später, am 30. Juni 1987, seine »Achtpunkteerklärung« verkündete, mutierte der Exgeneral über Nacht zu einem »Demokratiebringer«. Durch die nahezu wortgetreue Übernahme der zentralen Forderungen der Opposition – darunter die Direktwahl des Präsidenten – trug er maßgeblich zu deren Einhegung bei.

Im September 1987 wurde Roh von US-Präsident Ronald Reagan im Weißen Haus empfangen und als neuer starker Mann des südkoreanischen Regimes von der »Schutzmacht« USA politisch aufgewertet. Eine gute Voraussetzung für die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen am 16. Dezember 1987. Mit 35,9 Prozent der Stimmen gelang Roh tatsächlich der Sieg, weil sich die beiden exponierten Oppositionellen Kim Young Sam und Kim Dae Jung nicht einigen konnten und sich getrennt zur Wahl stellten – eine selbstverschuldete Malaise ohnegleichen. So war es dem Exgeneral vergönnt, neun Monate später im gleißenden Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit die 24. Olympischen Sommerspiele in Seoul zu eröffnen und sich der Welt als strahlender Saubermann zu präsentieren.

Schlappe für die Rechten

Zurück zur Gegenwart. Dass die Wahlchancen für den Sozialliberalen Moon Jae In jetzt so gut stehen und kein Kandidat des rechten, konservativen und reaktionären Lagers auch nur den Hauch einer Siegeschance hat, ist ein Novum in der Geschichte Südkoreas. Ob allerdings der Wahlsieger genügend politisches Stehvermögen aufweisen wird, um mit erarbeiteter parlamentarischer Zustimmung sowie breiter außerparlamentarischer

Rückendeckung der »Schutzmacht« USA mehr Souveränität abzutrotzen, ist nicht ausgemacht. Die in den vergangenen Tagen von US-Präsident Donald Trump immer wieder ins Spiel gebrachte Forderung, Seoul müsse mindestens einen Betrag in Höhe von umgerechnet einer Milliarde US-Dollar für das THAAD-System aufbringen, hat selbst langjährige enge US-Freunde in der südkoreanischen Regierung abgeschreckt und unter südkoreanischen Politikern unterschiedlicher Couleur für Missstimmung gesorgt. Washington demonstrierte damit einmal mehr, dass seine Außen- und Sicherheitspolitik knallhart Vorrang vor einer selbstbestimmten Seouler Innenpolitik haben soll.

Noch nie zuvor in der Geschichte des Landes war ein Staatsoberhaupt verhasster als ausgerechnet die stockkonservative Park Geun Hye um die Jahreswende 2016/17. Umfrageergebnisse verschiedener Meinungsforschungsinstitute attestierten der Staatschefin, dass mehr als 90 Prozent der Bevölkerung mit ihrer Politik zutiefst unzufrieden waren. Seit Ende Oktober 2016 zog es an jedem Wochenende massenhaft Menschen auf die Straßen, um gegen die Präsidentin zu protestieren. Bis zum Jahresende schwoll deren Zahl auf zwei Millionen Demonstrantinnen und Demonstranten allein in Seoul an, wo sie bei klirrender Kälte mit Kerzen auf den Hauptplätzen der Metropole ebenso lautstark wie friedlich die Amtsenthebung und Strafverfolgung der Präsidentin forderten. Am 9. Dezember 2016 stimmten 234 von 300 Parlamentariern in der Nationalversammlung für Parks Amtsenthebung. Ein Votum, das schließlich am 10. März vom Verfassungsgericht bestätigt wurde. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass die Expräsidentin Amtsmissbrauch betrieben und im Tandem mit ihrer engsten Vertrauten und Freundin, der Unternehmerin Choi Soon Sil, in einen millionenschweren Korruptionsskandal verwickelt war.

Ein solches politisches Desaster hätte sich die lange mit Macht und Pfründen bedachte Park Geun Hye nicht im Traum vorstellen können. Als sie am 25. Februar 2013 als erste Frau ins Blaue Haus eingezogen war, hatte sie ihren Landsleuten eine Rundumerneuerung in der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik versprochen. Sie wollte sich für das Wohl der Marginalisierten in der Gesellschaft einsetzen, die Macht der großen Finanz- und Wirtschaftskonglomerate einschränken und den Gesprächsfaden mit Nordkorea erneut knüpfen, hatte es geheißt.

Auf diese Weise wollte sie auch aus dem langen Schatten ihres Vaters, des Militärdiktators Park Chung Hee, heraustreten, der das Land von 1961 bis 1979 mit eiserner Faust regiert hatte. In Teilen der älteren Generation ist Parks Name noch immer mit der Transformation eines armen Agrarlandes in einen prosperierenden Industriestaat verbunden. Ihnen gilt er als Architekt des »Wirtschaftswunders am Han-Fluss« sowie als Garant für Sicherheit und Ordnung. Doch die hehren Vorsätze der Präsidentin erwiesen sich rasch als Schall und Rauch. Statt dessen verschärfte Park, deren Amtszeit offiziell im Februar 2018 geendet hätte, ihre Repressionen gegen Arbeiter und Gewerkschafter (vor allem gegen den kämpferischen, etwa 700.000 Mitglieder zählenden Koreanischen Gewerkschaftsbund KCTU), Lehrer, zivilgesellschaftliche und oppositionelle Kräfte und verfolgte außenpolitisch einen stramm antikommunistischen Kurs. Schließlich setzte sie sich mit Verve dafür ein, nur staatlich geprüfte Schulbücher für den Unterricht zuzulassen. Auf diese Weise wollten sie und ihr politisches Lager die Geschichte des Landes im Sinne einer Familiensaga umdeuten. Damit sind die Rechten vorerst gescheitert. Man darf gespannt sein, welche Entwicklungen eine Präsidentschaft unter Moon Jae In bereithält.

■ Rainer Werning schrieb an dieser Stelle zuletzt am 2. Februar 2017 über den philippinischen Präsidenten Rodrigo R. Duterte.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

Das baltische Dilemma – Die NATO und die Westgrenze Russlands

Von Reinhard Lauterbach